

Röhl, Klaus-Heiner; Bardt, Hubertus

Working Paper

Mehr Verteidigung mit weniger USA? Geld-, Personal- und Zeitprobleme als sicherheitspolitische Herausforderungen für die deutsche Verteidigungsindustrie

IW-Policy Paper, No. 7/2025

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Röhl, Klaus-Heiner; Bardt, Hubertus (2025) : Mehr Verteidigung mit weniger USA? Geld-, Personal- und Zeitprobleme als sicherheitspolitische Herausforderungen für die deutsche Verteidigungsindustrie, IW-Policy Paper, No. 7/2025, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/316425>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mehr Verteidigung mit weniger USA?

Geld-, Personal- und Zeitprobleme als sicherheitspolitische Herausforderungen für die deutsche Verteidigungsindustrie

Klaus-Heiner Röhl / Hubertus Bardt

Köln, 14.04.2025

IW-Policy Paper 7/25

Aktuelle politische Debattenbeiträge



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Dr. Klaus-Heiner Röhl

Senior Economist für Mittelstandspolitik und
Regionalpolitik

roehl@iwkoeln.de

030 – 27877-103

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Geschäftsführer

bardt@iwkoeln.de

0221 – 4981-750

**Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de**

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

April 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Die Ausgangslage: US-Präsident Trump sorgt für Disruption	5
2 Das Geldproblem: Steigerung des Verteidigungshaushalts	6
3 Das Personalproblem: Der notwendige Aufwuchs der Bundeswehr	9
4 Das Zeitproblem: US-Fähigkeiten zügig kompensieren	13
5 Der Aufwuchs der Industrie: Was seit 2022 erreicht wurde	15
6 Lösungsansätze.....	17
Abstract.....	21
Tabellen- und Übersichtsverzeichnis.....	22
Abbildungsverzeichnis.....	22
Literaturverzeichnis	23

JEL-Klassifikation

H21 – Public Economics: Crisis Management

L64 – Industry Studies: Manufacturing Machinery

L88 – Industry Studies: Government Policy

Z0 – Special Topics: Defense

Zusammenfassung

Die Wiederwahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im November 2024 führt zu immensen sicherheitspolitischen Umbrüchen für Deutschland und Europa, die sich auch in den Verteidigungsausgaben und in der verteidigungsindustriellen Aufstellung der Bundesrepublik niederschlagen. Gleichzeitig mit der US-Präsidentenwahl zerbrach die deutsche Regierungskoalition und es wurden Neuwahlen notwendig. In einem Verhandlungskraftakt gelang es dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Friedrich Merz, noch vor Konstituierung des neuen Bundestags die Zweidrittelmehrheit demokratischer Parteien des alten Bundestags zu nutzen, um erhöhte Verteidigungsausgaben von den Beschränkungen der Schuldenbremse zu befreien. Damit könnte in der laufenden Legislaturperiode ein Anstieg der Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent des BIP im Jahr 2028 über eine zusätzliche Kreditaufnahme von 264 Milliarden Euro finanziert werden. Gegenüber den bisherigen Planungen bedeutet dies mögliche Mehrausgaben von 194 Milliarden Euro. Dieses Policy Paper geht der Frage nach, wie die nun verfügbaren Mittel unter der Restriktion eines voraussichtlich knapp bemessenen Zeitraums, bis Europa eigenständig verteidigungsfähig sein muss, in einen Aufwuchs der Bundeswehr in personeller und materieller Hinsicht gelenkt werden können.

Das Personalproblem der Bundeswehr hat sich in den letzten drei Jahren verschärft, da die Anzahl der Soldaten um 3.000 auf 181.000 Ende 2024 abgenommen hat statt wie geplant in Richtung 203.000 anzuwachsen. Lösungsansätze können eine verstärkte Werbung um Nachwuchs kombiniert mit finanziellen Anreizen sein, aber auch eine Teilwehrrpflicht nach schwedischem Modell oder die schrittweise Wiedereinführung der Wehrrpflicht werden diskutiert, insbesondere in Hinsicht auf noch höhere Personalerfordernisse bei einem Rückzug der USA. In der materiellen Ausstattung der Bundeswehr gibt es trotz des Sondervermögens über 100 Milliarden Euro von 2022 weiterhin Mängel, die durch größere, am besten europäisch abgestimmte Bestellungen von Waffen und Munition mit langfristiger Auftragssicherheit für die Industrie angegangen werden sollten. Hierzu muss auch das Beschaffungswesen der Bundeswehr vereinfacht und beschleunigt werden. Statt hoch komplexer „Goldrandlösungen“ müssen zumindest teilweise robustere und günstigere Systeme beschafft werden, die zügig in größerer Anzahl geliefert werden können und auch die Ausstattung von Reserveeinheiten ermöglichen. Auch die Lehren aus dem Krieg in der Ukraine müssen in die Beschaffungsentscheidungen einfließen. Eine Ersetzung der US-Fähigkeiten in Europa im konventionellen Bereich würde jedoch voraussichtlich selbst im Optimalfall einen Zeitrahmen von 10 bis 12 Jahren erfordern. Um die Planung realistisch gestalten zu können, muss mit den USA weiterhin eine enge Abstimmung stattfinden, um den Verantwortungsübergang auf Deutschland und Europa zu organisieren.

1 Die Ausgangslage: US-Präsident Trump sorgt für Disruption

Mit Amtsantritt des nach vier Jahren Präsidentschaft Joe Bidens wiedergewählten US-Präsidenten Donald Trump scheint Bewegung in den seit drei Jahren andauernden Krieg Russlands gegen die Ukraine zu kommen. Trump dringt auf eine schnelle Friedenslösung und stellt die amerikanische Unterstützung der Ukraine, aber auch die Sicherheitsgarantien für Europa infrage. Druck wird von der US-Regierung aber bislang praktisch nur auf die Ukraine ausgeübt, während der Aggressor Russland auf einen Waffenstillstand zu seinen Bedingungen hoffen kann. Europa soll nach Vorstellungen der US-Regierung zukünftig mehr Verantwortung übernehmen, sowohl in der Ukraine als auch für seine eigene Verteidigung (Deutscher Bundestag, 2025a). In EU- und europäischen NATO-Kreisen wird deshalb eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3 bis 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) diskutiert (Schularik/Ferguson, 2024). Präsident Trump fordert sogar Verteidigungsausgaben von 4 bis 5 Prozent (Spiegel, 2025), eine Summe, die derzeit nur Polen und bald die baltischen Staaten erreichen.

Deutschland ist von Verteidigungsausgaben in dieser Höhe, die zu Zeiten des kalten Krieges durchaus realistisch waren, aktuell weit entfernt. Nach langer Absenkung und Stagnation der Verteidigungsausgaben sind diese mit der Ausrufung der „Zeitenwende“ durch Bundeskanzler Olaf Scholz vor drei Jahren nur durch das neu aufgelegte Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro und die zusätzlichen Ukraine-Hilfen angestiegen. Der Bundeswehretat selbst – niedergelegt im Einzelplan 14 des Bundeshaushalts – ist nominal seit längerem praktisch konstant und damit real fallend. Die Verteidigungsausgaben beliefen sich 2024 zwar entsprechend den NATO-Kriterien gerade auf 2 Prozent des BIP, nach rund 1,5 Prozent in den Vorjahren. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die nicht näher aufgeschlüsselten so genannten „zusätzlichen Elemente“, die der NATO gemeldet werden, ebenfalls deutlich angestiegen sind und damit die Budgetsteigerung überzeichnet wird. Dazu kommt, dass die Ukrainehilfen auf das 2-Prozent-Ziel angerechnet werden (Röhl, 2024). Die Mittel des Sondervermögens sind überwiegend in der zuvor über Jahre aufgeschobenen Bestellung von Großgerät für Luftwaffe und Marine gebunden, das erst zwischen 2026 und 2032 die Bundeswehr erreichen wird. Akut leidet die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr hingegen auch am Mangel an schneller beschaffbaren Ausrüstungsbestandteilen sowie an personellen Engpässen: Die Personalstärke der Streitkräfte hat zuletzt leicht abgenommen und liegt derzeit nur wenig über 180.000 Soldaten (vgl. Kapitel 3; BMVg, 2025; Bundeswehr, 2025). Zudem sind Ersatzteile und Munition – teilweise aufgrund von Lieferungen an die Ukraine – weiterhin knapp. Es stellt sich die Frage, welche haushalterischen, personellen und industriellen Optionen bestehen, um relativ zügig eine Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu erreichen.

Im nachfolgenden Kapitel 2 werden zunächst die finanzpolitischen Optionen untersucht, die zum Aufbau der Verteidigungskapazitäten der Bundeswehr benötigt werden und bestehen, bevor in Kapitel 3 die Personalentwicklung der Bundeswehr und die Probleme und Möglichkeiten der Personalgewinnung – etwa die Einführung einer Wehrpflicht – betrachtet werden. Kapitel 4 beleuchtet die zeitliche Dimension für die Wiederaufrüstung der Bundeswehr, die vor dem Hintergrund der Infragestellung amerikanischer NATO-Garantien für Europa und russischer Drohungen gegen östliche NATO- und EU-Mitglieder eine hohe Brisanz erhalten hat: Mit der bisherigen Geschwindigkeit planerischen und auch finanzpolitischen Handelns droht eine Lücke zwischen benötigten und verfügbaren Fähigkeiten zu entstehen, die nur schwer zu schließen ist. Kapitel 5 zeigt mögliche Lösungsansätze auf, um über die Vereinfachung von Planungs- und Beschaffungsvorgängen, die zügige Einführung neuer Technologien und die Einbeziehung derzeit untergenutzter industrieller Kapazitäten sowie eine verstärkte Werbung um personellen Nachwuchs die Fähigkeitslücke möglichst schnell zu schließen.

2 Das Geldproblem: Steigerung des Verteidigungshaushalts

Bereits nach der russischen Annexion der Krim und dem von Russland begonnenen und als Aufstand von Separatisten getarnten Krieg im Donbas beschlossen die NATO-Mitglieder auf dem Gipfel von Wales 2014 einen schrittweisen Aufwuchs der Verteidigungsausgaben: Sie sollten innerhalb einer Dekade auf 2 Prozent des BIP ansteigen, um die Fähigkeiten der durch 25 Jahre friedenspolitischer Einsparungen geschwächten Streitkräfte der meisten europäischen Mitgliedsländer zu stärken (Krause, 2018). Umgesetzt wurde dieses Ziel von den meisten europäischen NATO-Mitgliedern einschließlich Deutschland allerdings bislang nicht beziehungsweise nicht vollumfänglich (Röhl et al., 2022). Hätte für Deutschland ein kontinuierlicher Aufwuchs stattgefunden, wären in Summe seit dem Jahr 2015 rund 70 Milliarden Euro mehr ausgegeben worden (Bardt, 2025). Der sehr zögerliche Anstieg mag angesichts der Zehnjahresfrist dem Wortlaut des Schlussdokuments von Wales genüge getan haben, nicht jedoch dem danach immer wieder formulierten politischen Anspruch, zügig verteidigungsfähig zu werden. Gerade aus den USA wurde Deutschland unter den verschiedenen Präsidenten wiederholt zu einer Steigerung der Verteidigungsausgaben aufgefordert. Die aktuelle Eskalation in den amerikanisch-europäischen Beziehungen, auch getrieben durch US-Vizepräsident Vance, basiert auf der Frustration über die nicht handelnden Europäer sowie der (durchaus berechtigten) amerikanischen Vorstellung einer Arbeitsteilung in der Verteidigung, nach der die USA sich auf den pazifischen Raum konzentrieren will. Insbesondere China wird in Washington als Konkurrent gesehen, der eingehegt werden müsse, während die Europäer sich um die Konflikte in der eigenen Nachbarschaft kümmern sollten. Mit der russischen Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 und der akuten Infragestellung des US-Engagements in Europa durch die neue US-Regierung unter Präsident Donald Trump im Februar 2025 wird nun eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben der europäischen NATO-Länder auf 3 bis 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung als notwendig erachtet, um die osteuropäischen NATO- und EU-Länder angemessen schützen zu können (Schulz/ Ferguson, 2024). Damit stellt sich die Frage der Finanzierung einer so kräftigen Erhöhung der Ausgaben für die Landes- und Bündnisverteidigung.

Ein linearer Zuwachs der deutschen Verteidigungsausgaben in der NATO-Abgrenzung auf 3,5 Prozent bis 2028 bedeutet einen Mehrbedarf gegenüber der bisherigen Finanzplanung in Höhe von fast 194 Milliarden Euro in der aktuellen Legislaturperiode bis Februar 2029. Allein 2028 würde sich die zu schließende Lücke auf 98 Milliarden Euro belaufen (Bardt, 2025). Damit wären dann rund 20 Prozent des Bundeshaushalts zusätzlich zu finanzieren. Dies allein durch Einsparungen und reguläre Steuermehreinnahmen zu realisieren, erscheint äußerst ambitioniert, wenn nicht unrealistisch. Dauerhaft gehören die Verteidigungsausgaben als laufende nicht-investive Staatsaufgabe systematisch aus den laufenden Einnahmen finanziert. Nach einem Anpassungszeitraum wären daher Einsparungen und gegebenenfalls steuerpolitische Maßnahmen (zum Beispiel durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer) notwendig. Für einen Übergangszeitraum kann jedoch eine Kreditfinanzierung gerechtfertigt sein, um strukturelle Brüche und schnelle Steuererhöhungen zu vermeiden. Aus dieser Perspektive wäre die Auflage eines neuen Sondervermögens verbunden mit der Verpflichtung der Aufstockung des normalen Verteidigungsbudgets zu rechtfertigen gewesen.

Nach der Bundestagswahl Ende Februar 2025 wurde allerdings ein anderer Weg eingeschlagen: Ausgaben für die Bundeswehr sowie weitere für die äußere Sicherheit relevante Ausgaben oberhalb von 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts können zukünftige kreditfinanziert werden, ohne auf die Schuldenbremse angerechnet zu werden. Dies bedeutet, dass zumindest die verfassungsrechtliche Ausgabenrestriktion für die äußere Sicherheit nicht mehr besteht. Bei der Ausweitung der kreditfinanzierten Ausgaben müssen jedoch die Wirkung auf Finanzierungsbedingungen des Staates sowie zukünftige Zinsbelastungen des Haushalts

berücksichtigt werden. Auch jenseits der verfassungsrechtlichen Grenzen ist die Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand nicht unbegrenzt möglich, da die Bonität des Schuldners und zukünftige Zinszahlungen berücksichtigt werden müssen, die die zukünftige Handlungsfähigkeit des Staates einschränken.

Ein Anstieg der Verteidigungsausgaben auf bis zu 3,5 Prozent wird nicht von einem Jahr auf das andere vollzogen werden können. Aufgrund der angespannten Sicherheitslage ist jedoch nur ein schneller Aufwuchs plausibel. Daher kann davon ausgegangen werden, dass das neue Ausgabenziel zur Absicherung der notwendigen Fähigkeiten zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden soll. Vereinfachend wird angenommen, dass es zu ersten Ausgabensteigerungen bereits im Jahr 2025 und dann zu kontinuierlichen Anstiegen in den Folgejahren kommt. Der Finanzbedarf zur Ertüchtigung der Bundeswehr dürfte aufgrund der schrittweisen Steigerung kurzfristig geringer ausfallen, als es bei einer sofortigen Anhebung der Verteidigungsausgaben auf ein erhöhtes NATO-Ziel notwendig wäre. Auszugehen ist von einem mittelfristigen Anwachsen auf 3 bis 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung, da eine Steigerung des Verteidigungsbudgets um 50 bis 75 Prozent – dies entspräche 45 bis 67 Milliarden Euro – in einem Schritt nicht sinnvoll umsetzbar erscheint: Einem solchen plötzlichen Ausgabenzuwachs stehen Planungsprobleme im Beschaffungswesen entgegen, dessen Reform und Beschleunigung bisher nicht ausreichend gelungen ist (Masala, 2025a).

Aber auch begrenzte industrielle Kapazitäten und fehlende kurz- bis mittelfristig umsetzbare Projekte, nachdem bereits wesentliche Großbestellungen aus dem bestehenden 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen getätigt wurden, sprechen gegen einen Sprung der realisierten Verteidigungsausgaben um einen derart hohen Betrag in ein oder zwei Jahren. Die nach drei Jahrzehnten Abrüstung begrenzten Kapazitäten in der Rüstungsindustrie sind kurzfristig überwiegend ausgelastet, dies gilt angesichts der Lieferungen in die Ukraine auch für den kritischen Bereich Munition, wo die Bundeswehr bislang nicht für längere Kampfhandlungen ausgestattet ist (Frank, 2024a). Dies bremst weitere Bestellungen ohne eine zügige Einbeziehung weiterer Industriekapazitäten außerhalb des bisherigen Verteidigungssektors (vgl. Kapitel 5). Teure Beschaffungsmaßnahmen wie Marineschiffe oder Kampfflugzeuge benötigen wiederum generell einen längeren Vorlauf und eine längere Bauzeit, so dass Bestellungen in diesen Bereichen erst mit – zum Teil erheblicher – Verzögerung ausgabenwirksam werden. Zur kontinuierlichen Steigerung der Verteidigungsausgaben kann ausgabenseitig in fünf parallel einzuleitenden Schritten vorgegangen werden:

- Erstens können **kurzfristig bestellbare Güter** eingekauft und bestehende **Rahmenverträge** ausgeschöpft werden, für die die Produktionskapazitäten vorhanden sein sollten.
- Zweitens können **schnell hochfahrbare Kapazitäten** geschaffen werden, beispielsweise für die Produktion von Drohnen oder Munition und die Ausweitung der Produktion für gepanzerte Fahrzeuge.¹
- Drittens können **Güter mit langer Bau- und Lieferzeit** wie beispielsweise größere Schiffe beschafft werden, die im Wesentlichen bei Lieferung finanziert werden.
- Viertens können **Neuentwicklungen** vorangetrieben werden, die teilweise mit der Entwicklung, teilweise mit der Produktion beziehungsweise Lieferung haushaltswirksam werden.

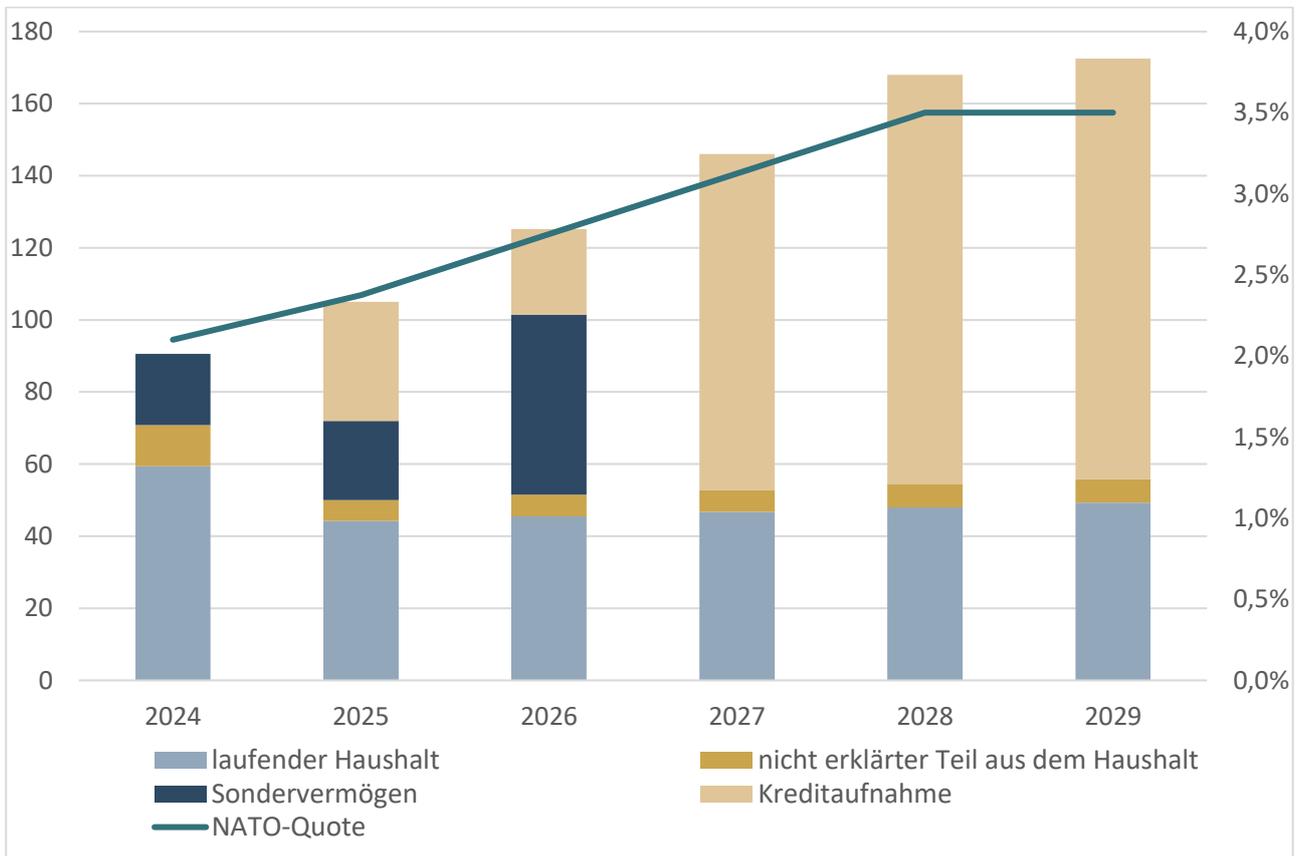
¹ Auch wenn der Bedarf an Kampfpanzern geringer ausfallen sollte, werden gepanzerte Fahrzeuge mit Drohnenschutz zur Sicherstellung der Mobilität in größerer Zahl benötigt.

- Fünftens muss das **Personalproblem nachhaltig gelöst** werden, was kontinuierliche Ausgaben erfordern wird, unabhängig von einer Entscheidung für mehr Anreize für Freiwillige oder Einführung einer (Teil)-Wehrpflicht (vgl. Kapitel 3).

Für die auf 2024 folgenden Jahre wird weiterhin unterstellt, dass die Ausgaben oberhalb von 1 Prozent des BIP vollständig kreditfinanziert werden, dass der bisher nicht erklärte Teil der an die NATO gemeldeten Verteidigungsausgaben zur Hälfte über Schulden finanziert werden und das Sondervermögen im Jahr 2025 wie im Haushaltsentwurf der Regierung aus SPD, Grünen und FDP eingesetzt und anschließend vollständig verbraucht wird.

Abbildung 2-1: Anstieg der Verteidigungsausgaben 2024 bis 2029

Haushalts- und Kreditfinanzierung bei Aufwuchs der Verteidigungsausgaben auf 3,5 Prozent in Milliarden Euro und Anteil am Bruttoinlandsprodukt



Ab 2025: Schätzwerte aufgrund der getroffenen Annahmen zur Entwicklung der Verteidigungsausgaben.

Quelle: Berechnungen Institut der deutschen Wirtschaft

In der Folge sinken die Verteidigungsausgaben, die aus laufenden Einnahmen finanziert werden müssen, von 70,8 Milliarden im Jahr 2024 auf 50 bis 55 Milliarden in den Folgejahren. Damit wird ein erheblicher zusätzlicher Finanzierungsspielraum für andere Ausgaben im regulären Bundeshaushalt geschaffen, während die Kreditfinanzierung dominiert. Allein für die im Jahr 2025 begonnene Legislaturperiode könnten in Summe bis zu 264 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten zur Verteidigungsfinanzierung aufgenommen werden, wenn ein linearer Anstieg der Ausgaben auf 3,5 Prozent des BIP erfolgt (Hentze et al., 2025).

3 Das Personalproblem: Der notwendige Aufwuchs der Bundeswehr

Deutschland hat den NATO-Partnern einen Ausbau seiner militärischen Fähigkeiten vor allem im Bereich der Landstreitkräfte zugesagt, die von entsprechenden Steigerungen der personellen Stärke unterlegt sein muss (Ehlke, 2025). Bis 2030 soll die militärische Personalstärke der Bundeswehr nach bisheriger Planung um etwa 22.000 auf 203.000 anwachsen. Bis zum Jahr 2020 wurde diese Zielgröße bereits für das laufende Jahr 2025 angepeilt (DBWV, 2020), danach für 2027 (BMVg, 2020). Angesichts der Schwierigkeiten der Personalgewinnung wurde der Zielwert jedoch weiter auf der Zeitachse hinausgeschoben. Bislang ist ein nachhaltiger Aufwuchs des Personals in Richtung dieses Zielwertes nicht gelungen, doch wird aktuell aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage bereits eine noch höhere Personalstärke von 230.000 diskutiert (Speer, 2024). Benötigt werden demnach etwa fünf bis sieben zusätzliche Brigaden, um die NATO-Anforderungen zur Verteidigungsfähigkeit erfüllen zu können (Ehlke, 2025).

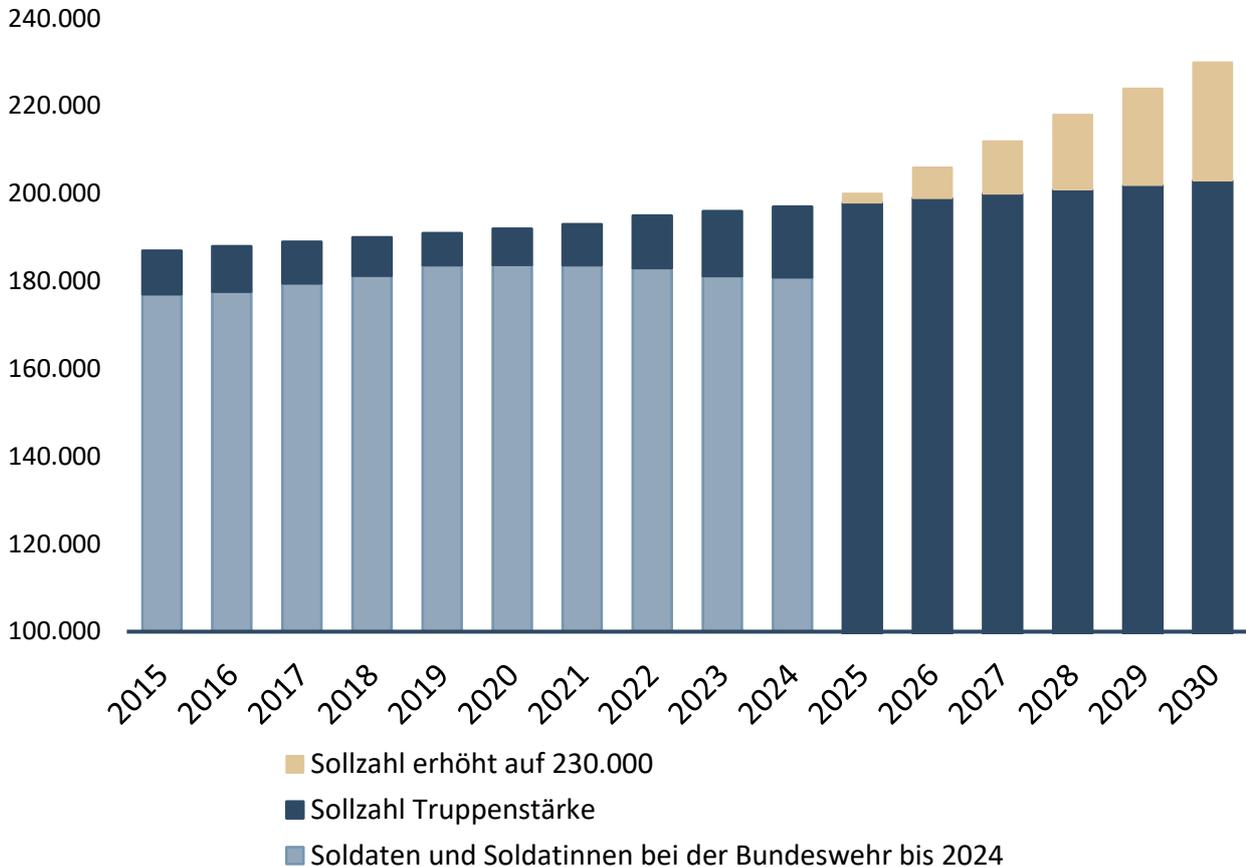
Die Bundeswehr hatte Ende des Jahres 2024 einen militärischen Personalstand von ca. 181.000 Kräften, bei ca. 196.000 Dienststellen² (Abbildung 3-1). Im Jahr 2020 waren es mit 184.000 Soldaten sogar mehr als derzeit. Es gibt nicht genügend geeignete Bewerber, daher verlassen zeitweise mehr Soldaten die Bundeswehr, als neu geworben werden können, und das Durchschnittsalter der Kräfte steigt (Deutscher Bundestag, 2025b). Die Aufstellung neuer Brigaden für das Heer – und damit die Aufstellung der der NATO zugesagten zusätzlichen Divisionen bis 2031 (Ad hoc News, 2025) – kommt nicht ausreichend voran. Auch für die geplante Brigade in Litauen, die bis 2027 einsatzfähig sein soll, fehlen bislang ausreichend Geld, Waffen und Personal (Portugall, 2024). Das Vertrauen der baltischen Staaten und Polens in die deutsche Politik droht bei weiteren Verzögerungen für die zugesagte Einheit untergraben zu werden.

Mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges wurde die Bundeswehr drastisch verkleinert, wobei im Zwei-plus-Vier-Vertrag zur deutschen Einheit Obergrenzen für die Personalstärke und Ausrüstung der Bundeswehr festgelegt wurden. Mit 370.000 Soldaten liegt diese Obergrenze allerdings doppelt so hoch wie die derzeitige Personalstärke der Bundeswehr (BMVg, 2025). In den 1990er Jahren wurden zunächst diese Obergrenzen als Planungsgrößen benutzt, nach dem Jahr 2000 erfolgte jedoch eine weitere Reduktion von Personal und Ausrüstung weit unter die vertraglich festgelegten Grenzen. Zielbild war nach dem Bürgerkrieg in Jugoslawien in den 1990er Jahren und den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA nicht mehr die Landesverteidigung, sondern die Aufstellung kleiner für diverse Szenarien ausgerüsteter Einheiten, die international zur Stabilisierung und Terrorbekämpfung einsetzbar waren (Jansen, 2022). Dies sollte mit sinkenden realen Mitteln erreicht werden, denn nach dem Jahr 2000 standen statt 2 Prozent der Wirtschaftsleistung wie im Durchschnitt der 1990er Jahre nur noch 1,2 bis 1,5 Prozent jährlich für die Finanzierung der Verteidigungsaufgaben bereit (Bardt, 2024a; Röhl et al., 2022).

² Dabei lag die Anzahl der unbesetzten Dienststellen sogar fast doppelt so hoch wie die Differenz aus der Soldatenzahl und der Gesamtzahl der Dienststellen, da mehrere tausend Soldaten (noch) nicht auf ihren Dienststellen eingesetzt waren (Deutscher Bundestag, 2025b).

Abbildung 3-1: Personalstärke und Planung der Bundeswehr 2015 bis 2030

Personalstärke 2015 bis 2024, Soll- bzw. Planstärke 2015 bis 2030 sowie diskutierter Aufwuchs auf 230.000 bis 2030



Ab 2025 Projektion

Quellen: BMVg, div. Jg., IW-Schätzungen und Berechnungen

Bereits ab etwa 1994 bestand die Problematik, dass aus Strukturreformen abgeleitete Zielstärken der Bundeswehr nicht mehr mit ausreichend Haushaltsmitteln unterlegt wurden, so dass die kontinuierlichen Reduktionen bei Personal und Ausrüstung letztlich durch fehlende Mittel und nicht durch eine langfristige Planung anhand der zu erfüllenden Aufgaben getrieben wurden (Jansen, 2022).

Bislang gelingt der angestrebte Personalaufwuchs nicht, da es nicht genug geeignete Bewerber gibt. Ein weiterer Grund besteht in vorzeitigen Personalabgängen. Im Jahr 2024 stieg die Bewerberzahl zwar an, was aber durch höhere Abgänge während der Probezeit ausgeglichen wurde (Deutscher Bundestag, 2025b). Zudem stieg bei einem Zuwachs an Bewerbern um 19 Prozent die der Einstellungen nur um 8 Prozent (Auskunft des BMVg am 19.3.2025), was auf eine Zunahme unzureichend geeigneter Bewerbungen hinweist.

Übersicht 3-1: Die Entwicklung der Landstreitkräfte der Bundeswehr – das Heer

Der geplante Aufwuchs der Personalstärke betrifft vor allem das Heer, das bis 2030 einschließlich der aktuell im Jahr 2025 neu aufgestellten 10. Panzerdivision zwei neue Divisionen erhalten soll: Eine davon soll überwiegend durch Reservisten im Heimatschutz, der nach 1990 aufgelöst wurde, gebildet werden. Die andere neue Division soll bereits im laufenden Jahr einsatzfähig werden und wird daher unter den aktuellen Mangelbedingungen – letztlich auch durch Entzug von Material und Kräften der bestehenden ersten Heeresdivision – aufgestellt (BMVg, 2024). Ein weiterer Aufwuchs des Heeres um circa 30.000 Soldaten oder 5 bis 7 Brigaden über die aktuelle Planung hinaus könnte zur Schaffung einer weiteren Division führen, dies müsste die neue Bundesregierung in Abstimmung mit der NATO entscheiden.

Das Heer der Bundeswehr war am Ende des kalten Kriegs (1985-1989) die mit Abstand größte westeuropäische Landstreitmacht mit über 7.000 Kampf- und Schützenpanzern und 345.000 aktiven Soldaten, die im Ernstfall durch noch einmal eineinhalbmal so viele Reservisten verstärkt werden sollten (Bundeswehr, o. J.; Rink, 2015). Aufgrund der Frontlage der Bundesrepublik bis 1990 entfiel mit 68 Prozent der Großteil der Mannschaftsstärke der Bundeswehr auf das Heer. Auch für die Reservisten wurden Waffen – wenn auch älteren Typs – vorgehalten, was die hohe Anzahl an Kampffahrzeugen erklärt.

Ende 2024 hatte das Heer nur circa 61.000 aktive Soldaten (Bundeswehr, 2025). Mit weiteren den Landstreitkräften zuzurechnenden Einheiten etwa in der Logistik und im Sanitätsdienst sind es aktuell etwas über 100.000 Soldaten, die innerhalb von fünf Jahren auf mindestens 130.000 anwachsen und durch gut ausgerüstete und trainierte Reservisten verstärkt werden müssten, um die zusätzlichen Einheiten zur vollen Einsatzfähigkeit und Durchhaltefähigkeit in einem längeren Konflikt zu bringen.

Mögliche Wege zum Schließen der Personallücke

Die **Wiedereinführung der im Jahr 2011 ausgesetzten Wehrpflicht** wäre ein Weg, das Personalproblem der Bundeswehr nachhaltig zu lösen. Allerdings wären die Kosten und die benötigte Zeit beträchtlich: Es müssten neue Kreiswehrrersatzämter geschaffen und Kasernen gebaut, Personal und Waffen für Ausbildungseinheiten abgestellt beziehungsweise zusätzlich aufgebaut und beschafft werden. Diese Maßnahmen drohen kurzfristig die Lücken in der Einsatzbereitschaft und Ausstattung der Kampfseinheiten der Bundeswehr sogar zu erhöhen³. Es müsste zudem wieder ein Zivildienst eingeführt werden, da es andernfalls angesichts vieler zu erwartender Verweigerungen keine Wehrgerechtigkeit gäbe und die Wehrpflicht rechtlich angreifbar wäre. Die CDU/CSU (2025) präferiert ein Pflichtjahr für Männer und Frauen, das entweder bei der Bundeswehr oder in zivilen Einrichtungen abgeleistet werden könnte. Bei beiden Alternativen würde ein voller Jahrgang (zumindest der Männer, bei einem Pflichtjahr für Männer und Frauen generell) in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst als Nachwuchs fehlen, was demografisch angesichts der Alterung der Gesellschaft nur schwer zu verkraften wäre, weil es hohe Alternativkosten durch fehlende Arbeitskräfte in der Wirtschaft verursachen würde. Unabhängig davon reichen die Faktoren Zeit und Kosten für den Aufbau eines Wehrdienst- oder Pflichtjahrsystems aus, um die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, wie sie bis 2011 bestand, als wenig praktikabel erscheinen zu lassen.

³ So die Wehrbeauftragte Eva Högl bei Vorstellung des Wehrberichts am 11.3.2025 und der Wehrexperte Thomas Wiegold bei Phoenix, 11.3.2025, <https://www.youtube.com/watch?v=tlZ2BbIDrWM&t=16s>.

Eine Alternative könnte eine **Teilwehrplicht nach schwedischem Vorbild** sein. Dieses Modell wird vom amtierenden Verteidigungsminister Boris Pistorius angestrebt (Deutscher Bundestag, 2025b). Zunächst erforderlich wäre auch hierfür die Wiedereinführung der Wehrrfassung, die seit Aussetzung der Wehrpflicht 2011 juristisch eigentlich fortbestand, aber vom Bund trotzdem eingestellt wurde. In Schweden wurde die Wehrpflicht bereits zwei Jahre früher als in Deutschland im Jahr 2009 ausgesetzt, aber 2017 eine Teilwehrplicht wieder eingeführt, deren Ableistung faktisch jedoch freiwillig geblieben ist. Jedes Jahr werden aus den circa 100.000 Männern und Frauen, die das achtzehnte Lebensjahr vollenden, 30.000 zur Musterung geladen, von denen aber nur 8.000 zu den Streitkräften eingezogen werden (ZDF, 2024)⁴. Angesichts der verschlechterten Sicherheitslage soll die Anzahl der Einberufenen zukünftig gesteigert werden, wofür jedoch die Voraussetzungen im Bereich Kasernen, Gerät und Ausbildung geschaffen werden müssen. In den Sondierungsgesprächen zwischen CDU/CSU und SPD wurde eine Wiedereinführung der Wehrpflicht bereits im laufenden Jahr 2025 diskutiert (Linnemann, 2025), was angesichts der praktischen Beschränkungen bei Kasernen, Ausbildungskapazitäten und Waffen aber zunächst voraussichtlich auf eine Teilwehrplicht nach schwedischem Modell hinauslaufen könnte. Als Basis hierfür könnte der bestehende freiwillige Wehrdienst dienen, den jedes Jahr circa 10.000 junge Menschen leisten. Die Annäherung an das schwedische Modell würde darauf aufbauen und die jungen Erwachsenen durch Erfassung und Musterung dazu bewegen, sich stärker mit der Frage eines Dienstes zu befassen und damit die Zahl der Freiwilligen potenziell erhöhen.

Das ifo Institut hat in drei Szenarien⁵ berechnet, welche Kosten die Einführung eines Teil- oder Vollwehrdienstes für den Bundeshaushalt und für die Gesellschaft insgesamt verursachen würde (Adema et al., 2024). Während die reinen Personalkosten bei einem Nettolohn von 1.000 Euro pro Monat mit 600 Millionen Euro bei einer Teilwehrplicht für 5 Prozent des Jahrgangs (ähnlich dem schwedischen Modell) bis 13 Milliarden Euro für ein Pflichtjahr aller circa 780.000 Männer und Frauen eines Jahrgangs überschaubar wären, wären die gesamtgesellschaftlichen Kosten durch Verdienstaufschub beträchtlich. Das Bruttonationaleinkommen würde je nach Szenario zwischen 3,5 und circa 70 Milliarden Euro sinken, während der Rückgang bei einem freiwilligen Dienst mit höheren Soldzahlungen nur bei etwa 60 Prozent dieser Beträge läge (Adema et al., 2024, 31). Eine auf Freiwilligkeit setzende Lösung mit deutlich höherer Entlohnung zur Erreichung des jeweils angenommenen Personalziels wäre damit zwar in den Personalausgaben erheblich teurer, volkswirtschaftlich aber günstiger. Diese Freiwilligen müssten allerdings über höhere Zahlen motivierter Bewerber gewonnen werden, was vor allem für das 100-Prozent-Szenario zweifelhaft erscheint und auch für das 25-Prozent-Szenario – also die Hälfte der Männer eines Jahrgangs – ambitioniert sein dürfte.

Eine verstärkte Werbung um Personal unter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit könnte die Problematik unzureichender Bewerberzahlen für die bestehende Freiwilligenarmee mildern. Zuletzt gab es durch die Konjunkturschwäche eine steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland (Bundesagentur für Arbeit, 2025), was zusammen mit einem Prämiensystem, etwa in Form von Sonderzahlungen nach bestimmten Meilensteinen wie Absolvierung der Grundausbildung und einem Jahr Dienstzeit, als Anreiz eine Basis für mehr Interesse an der Soldatentätigkeit bilden könnte. Auch die Öffnung der Bundeswehr für Ausländer mit längerer Aufenthaltsdauer in Deutschland – eventuell beschränkt auf EU-Ausländer und Bürger von NATO-Mitgliedern – könnte zusätzliche Möglichkeiten der Personalgewinnung schaffen (Krome, 2023; Rzepka, 2024). Vor allem

⁴ Die erhebliche Differenz zwischen Musterungen und Einberufung zum Dienst stellt sicher, dass letztlich nur Freiwillige zum Wehrdienst eingezogen werden.

⁵ Nach diesen Szenarien werden entweder 5 Prozent, 25 Prozent oder 100 Prozent eines Jahrgangs eingezogen (Adema et al., 2024). 5 Prozent oder knapp 40.000 Rekruten entsprächen der schwedischen Teilwehrplicht, 25 Prozent (beziehungsweise 50 Prozent der jungen Männer) dem früheren deutschen Wehrpflichtmodell und 100 Prozent einem Pflichtjahrmmodell.

kurzfristig scheint das der einzig gangbare Weg zu sein, denn selbst der Aufbau einer Teilwehrgpflicht dauert voraussichtlich mehrere Jahre – ein Zeitraum, der möglicherweise so nicht tragbar sein könnte. Denkbar wäre auch, die Dauer der Dienstzeiten von Zeitsoldaten in gewissem Umfang zu verlängern – mit Prämien als Anreiz –, um die Personaldecke der Bundeswehr zu stärken. Wenig Potenzial gibt es beim Renteneintrittsalter der circa 55.000 Berufssoldaten, da dies zum einen bereits angehoben wurde und zum anderen nur circa 2.000 Berufssoldaten jährlich in Rente gehen (Deutscher Bundestag, 2022).

Zusätzlich ist der **Ausbau der Reserve** notwendig, insbesondere um den Heimatschutz zu besetzen und zudem aktive Einheiten verstärken zu können. Um diese Kapazitäten aufzubauen, ist eine ausreichende Anzahl ausgebildeter Soldaten mit kurzer Dienstzeit erforderlich, was entweder eine (Teil-)Wehrgpflicht oder eine deutlich höhere Anzahl kurzzeitig dienender Freiwilliger erfordern würde. Zudem könnten verstärkt Spezialisten ohne militärische Ausbildung für spezielle Aufgaben eingesetzt werden. Notwendig ist eine angemessene Ausstattung mit Waffen und Gerät über den Bedarf der aktiven Einheiten hinaus, damit Reservisten üben können und im Ernstfall vollständig ausgestattet sind.⁶ Zukünftig sollte die Reserve – ebenso wie die aktiven Einheiten – auch mit neuen, aus der zivilen Industrie übernommenen Systemen wie FPV-Drohnen üben, die im Krieg in der Ukraine eine große Rolle spielen. Andere NATO-Länder wie Litauen haben bereits entsprechende Programme begonnen (Singh Bisht, 2024).

4 Das Zeitproblem: US-Fähigkeiten zügig kompensieren

Die bisherigen Planungen für eine Stärkung der Bundeswehr und der Streitkräfte der europäischen Nachbarstaaten gehen von einem Beibehalt amerikanischer Sicherheitsgarantien aus. Die NATO-Strategie zur Verteidigung (Ost-)Europas ist darauf aufgebaut, dass die USA das NATO-Oberkommando führen und zentrale Fähigkeiten wie Kommando und Einsatzführung, Fernaufklärung und den Kern der Kampftruppen mit den stärksten Einheiten bereitstellen. Die circa 100.000 in Europa stationierten US-Soldaten sollen im Kriegsfall zügig auf 300.000 aufgestockt werden (Burilkow/Wolff, 2025). Durch einen möglichen Abzug amerikanischer Truppen und einen Entzug der NATO-Garantien aus politischen Gründen oder aufgrund einer Verkleinerung der US-Streitkräfte mit Ausrichtung auf den pazifischen Raum (McMillan et al., 2025) entstünden für Europa – die europäischen NATO-Länder ebenso wie die EU – beträchtliche neue Herausforderungen. Zudem würde sich der Zeitraum beträchtlich verkürzen, bis zu dem die Streitkräfte der europäischen Länder größer und voll einsatzfähig sein sollen – bisher war von einem Zeithorizont bis etwa 2030 ausgegangen worden (European Commission, 2025) –: Schon ab 2028 oder sogar früher müsste Europa in der Lage sein, sich gegen eine eventuelle Aggression selbst verteidigen zu können, sollten sich die USA zurückziehen.

Schätzungen für die Regeneration und Vollaufrüstung der durch den Krieg in der Ukraine geschwächten – aber zahlenmäßig in drei Kriegsjahren angewachsenen – russischen Streitkräfte gehen von 3 bis 5 Jahren aus, in denen Russland nach einem Waffenstillstand in der Ukraine wieder angriffsfähig sein könnte (Masala, 2025b). Dies könnte jedoch zu optimistisch sein, denn die russische Führung könnte aus innenpolitischen (Unzufriedenheit der Bevölkerung als Folge der Umstellung auf Kriegswirtschaft und der Sanktionen, Zerstörungen und Verluste) sowie außenpolitischen Gründen („Window of opportunity“ vor einer Nachrüstung in Europa) getrieben sein, unter Ausnutzung der numerischen Überlegenheit ihrer Streitkräfte vor einer

⁶ Eine gute Integration der Reserve in die aktiven Einheiten wurde in den letzten zwei Jahrzehnten vernachlässigt, da die 70-Prozent-Ausstattung der aktiven Einheiten bereits bei diesen zu Ausbildungsdefiziten führte und kein Material für regelmäßige Übungen der Reservisten ließ.

vollständigen Regeneration zu handeln.⁷ Eine Ausweitung der hybriden Kriegsführung und kleinräumige Feindseligkeiten, bei denen Diskussionen über die Angemessenheit einer umfassenden NATO-Reaktion aufkommen können und die Abschreckung daher bei mangelnder Vorbereitung unglaublich sein kann, sind ernstzunehmende Szenarien (Masala, 2025b).

Ein möglicher Waffenstillstand in der Ukraine stellt Europa daher vor ein Dilemma: Während ein Ende der Kampfhandlungen in der Ukraine zu begrüßen ist, steigen die Gefahren für Osteuropa an, wenn die russische Rekrutierung und Rüstungsproduktion unvermindert oder nur geringfügig reduziert fortgesetzt werden. Die Entsendung einer europäischen Friedenstruppe in die Ukraine würde die Möglichkeiten zur Verteidigung anderer Länder aufgrund der sehr begrenzten militärischen Kapazitäten sogar weiter einschränken.⁸

Ein vollständiger US-Rückzug aus der NATO würde eine massive europäische Aufrüstung notwendig machen, die bei vollständiger Ersetzung derzeit eingeplanter US-Verbände 50 zusätzliche Brigaden mit 300.000 Soldaten, 1.400 Kampfpanzern und 2.000 Schützenpanzern umfasst (Burilkow/Wolff, 2025). Die panzerzentrierte Ausrüstung wäre angesichts sich verändernder Gefechtsfelderfordernisse, die der Krieg in der Ukraine zeigt, zu hinterfragen, doch die immense Größenordnung bleibt. Dieser notwendige Truppenzuwachs würde aber selbst, wenn die politischen Entscheidungen getroffen und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden (beides erscheint unsicher), mindestens 10 bis 12 Jahre benötigen. Ein Zeitraum von 8 bis 10 Jahren ist angesichts der erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen für den quantitativen Aufwuchs der zusätzlichen Einheiten und ihrer Ausrüstung an gepanzerten und ungepanzerten Fahrzeugen sowie Waffen – einschließlich der industriellen Kapazitäten – notwendig. Noch zeitintensiver dürfte sich die Ersetzung der amerikanischen Fähigkeiten im Kommando- und Kontroll-Bereich sowie in der Kommunikation und den elektronischen Fähigkeiten gestalten⁹, da hierfür umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten erforderlich sind. Für die Entwicklung des deutsch-französischen Kampfflugzeugs der 6. Generation FCAS (Future Combat Air System), das neben Radarunsichtbarkeit diese Hochtechnologie-Fähigkeiten integrieren soll, wird ein Zeitraum bis 2040 und damit sogar 15 Jahre veranschlagt (Röhl et al., 2022). Die Entwicklung einer KI-unterstützten elektronischen Gefechtsfeldkontrolle, die von der Bundeswehr angestrebt wird, dürfte angesichts bisheriger Erfahrungen mit der Digitalisierung der Bundeswehr (Friederichs, 2024) mindestens 10 Jahre dauern. Auch der Aufbau von weltraumgestützten Verteidigungsinstrumenten dürfte etwa diesen Zeitraum in Anspruch nehmen: Frankreich als das EU-Land mit den größten US-unabhängigen Fähigkeiten in der Wehrtechnologie insbesondere bei Raketen und Satelliten plant eine umfassende Weltraum-Verteidigungsfähigkeit für die frühen 2030er Jahre (Bollfrass et al., 2025), Deutschland liegt zurück und benötigt voraussichtlich circa 5 Jahre mehr (ebenda).

In der kürzeren Frist wirksame Maßnahmen zur Stärkung der Bundeswehr als Streitmacht des nach einem möglichen Ausscheiden der USA größten verbleibenden NATO-Mitglieds und in Europa zentral gelegenen

⁷ Dies gilt insbesondere, wenn es dem Kreml gelänge, Weißrussland noch stärker politisch zu dominieren und die belarussischen Streitkräfte in die russischen zu integrieren.

⁸ Zudem müsste geklärt werden, wie eine direkte Konfrontation mit Russland für den Fall vermieden werden kann, in der der Waffenstillstand nicht hält. Andernfalls wäre dies kaum mehr eine Friedenstruppe, sondern eine europäische Sicherheitsgarantie für die Ukraine, die einer NATO-Mitgliedschaft ohne die USA nahekäme.

⁹ Diese Fähigkeiten werden in ihrer Gesamtheit auch als C4 (Command, Control, Communication and Computing) bezeichnet. Eine effiziente Kommandostruktur, die auf einer umfassenden Kontrolle des Gefechtsfeldes und stabilen Kommunikationsverbindungen basiert und computergestützte Verfahren nutzt, um das Kampfgeschehen in Echtzeit auszuwerten und schnell reagieren zu können, ist für die Verteidigungsfähigkeit ähnlich wichtig wie ausreichend Personal and Waffen.

Landes Deutschland erscheinen daher besonders wichtig, um eine europäische Abschreckung durch hohe Verteidigungsfähigkeit zu erreichen. Dabei darf zwar „klassisches“ Gerät wie Panzer und Artillerie nicht vernachlässigt werden, der Schwerpunkt der Beschaffungen in den nächsten Jahren sollte aber auf dem Aufbau neuer Fähigkeiten im Bereich Drohnen- und Drohnenabwehr sowie elektronischer Kriegsführung und Künstlicher Intelligenz liegen, da hier neben dem Munitionsbestand die größten Defizite in Ausstattung und Fähigkeiten der Bundeswehr zu liegen scheinen. Auch Reserveeinheiten, für die bislang aufgrund der Unterausstattung der Bundeswehr kaum schweren Waffen zur Verfügung stehen, sollten direkt mit Drohnen- und Drohnenabwehrmitteln ausgestattet werden.

5 Der Aufwuchs der Industrie: Was seit 2022 erreicht wurde

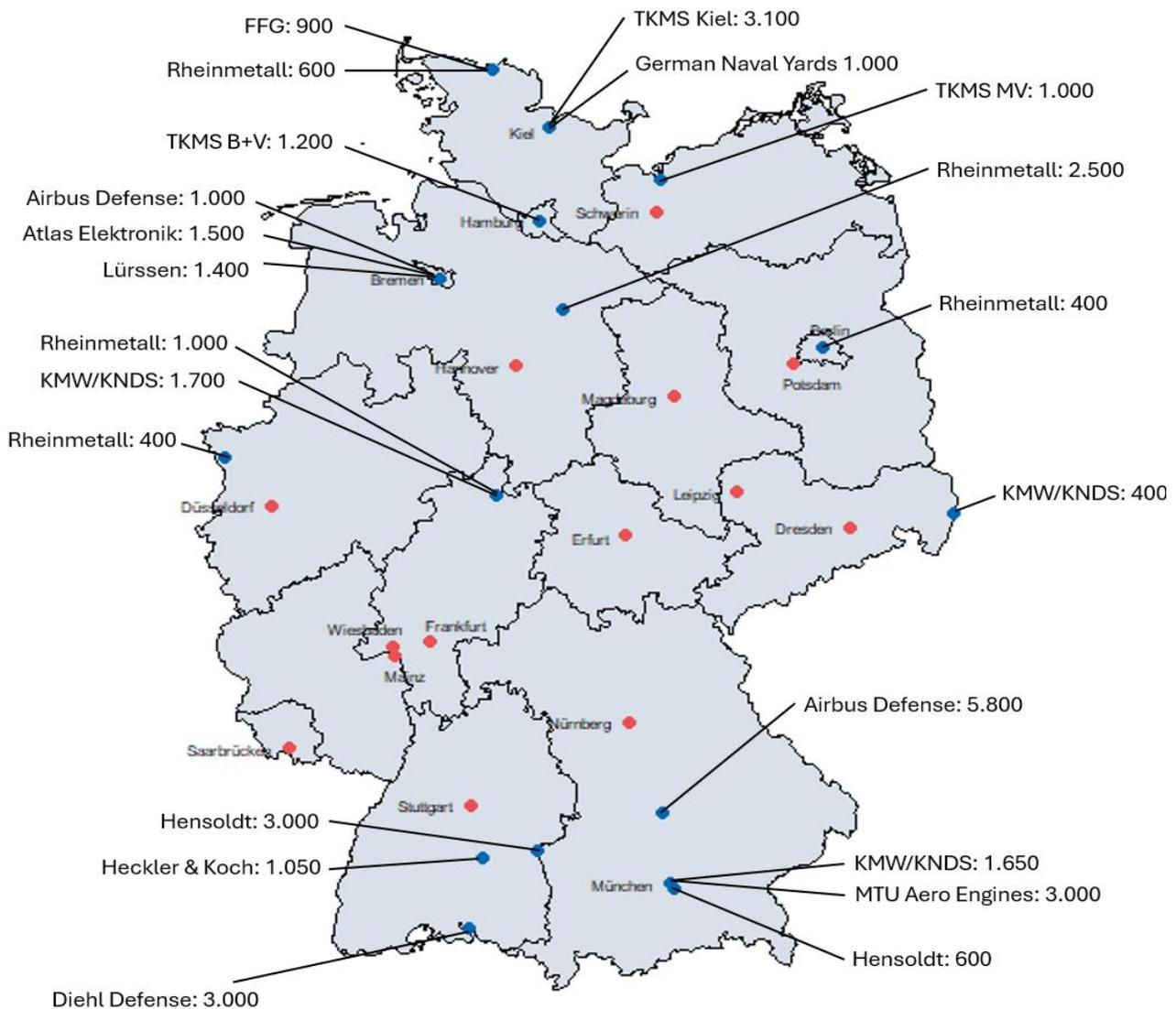
In den drei Jahren, die seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vergangen sind, war die Bundesregierung in der Verteidigung nicht untätig: Es wurde unter Ausnutzung des 2022 aufgelegten Sondervermögens eine Reihe von größeren Rüstungsaufträgen vergeben. Die Ausgaben für in Deutschland hergestellte Waffen sind bislang aber trotzdem nur leicht angestiegen. Am teuersten war die Bestellung von 35 „Tarnkappenbombern“ vom Typ F-35 in den USA aus dem Sondervermögen Bundeswehr (BMVG, 2022; Aero.de, 2023). Durch die Beteiligung von Rheinmetall am F-35-Programm führt dies auch zu Investitionen in ein neues Werk am Flughafen Weeze in Deutschland (Abbildung 5-1). Aufgrund des technologischen Vorsprungs erfolgte ein großer Teil der Bestellungen und der Wertschöpfung im – teuren – Luftfahrzeugbereich allerdings in den USA; zum Transporthubschrauber CH-47, der ebenfalls 2022 bestellt wurde, gibt es kein europäisches Pendant. Eine weitere Tranche Eurofighter von 20 Flugzeugen, die ab 2030 geliefert werden sollen, wurde zwar von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigt, aber vor der Bundestagswahl nicht fest bestellt (ES&T, 2024), so dass der Airbuskonzern eine Lücke bis zum Fertigstellungsbeginn des neuen Kampfflugzeugs FCAS nach 2035 befürchtet. Die Notwendigkeit einer zügigen Ausstattung der vernachlässigten Bundeswehr steht ohne eine deutliche Steigerung der finanziellen Mittel dem stärkeren langfristigen Aufbau europäischer Fähigkeiten im Luftfahrtbereich, wie er von Frankreich gefordert wird (Waschinski, 2023), entgegen: Für das geplante französisch-deutsche Kampfflugzeug der sechsten Generation FCAS werden Entwicklungskosten von 50 bis 100 Milliarden Euro veranschlagt (Hegmann, 2022). Ein einsatzbereites Kampfflugzeug ist aber frühestens 2040 zu erwarten. Durch die Ausnahme der erhöhten Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse und einer möglichen Erhöhung des Wehretats auf 3 bis 3,5 Prozent des BIP sollten nun ausreichend Mittel verfügbar werden, um die Konkurrenz zwischen kurzfristigen Erfordernissen der Einsatzfähigkeit und langfristigen Hochtechnologieprogrammen wie dem FCAS und satellitengestützten Weltraumfähigkeiten auflösen zu können.

Das Heer befindet sich immer noch im Aufwuchs von der sparbedingten 70-Prozent-Ausstattung der Bundeswehrreform von 2011 (Schmidt, 2019) in Richtung 100 Prozent; für eine „Kriegstüchtigkeit“, wie von Verteidigungsminister Boris Pistorius gefordert (Deutscher Bundestag, 2024), werden jedoch mindestens 145 Prozent Ausstattung benötigt: Neben einer Reparaturreserve von 20 bis 25 Prozent sollte auch die Ausstattung von Reservisten mit modernem Gerät angestrebt werden, womit noch einmal mindestens 20 bis 25 Prozent Mehrausstattung notwendig sind. Derzeit verfügen die Reserveeinheiten aufgrund der Unterausstattung der Bundeswehr nur über leichte Infanteriewaffen. Hier sollte zügig entschieden werden, für diesen Ausstattungsgrad ausreichend Kampf- und Schützenpanzer zusätzlich zu bestellen. Eine derartige Grundausstattung mit schweren gepanzerten Fahrzeugen für das Heer sollte auch dann notwendig sein, wenn zukünftig in größerem Umfang auf Drohnen und unbemannte Bodenfahrzeuge gesetzt wird.

Mit etwa einem Jahr Verzögerung ist auch die Produktion und der Aufbau neuer Kapazitäten im wichtigen Bereich der Munition in Gang gekommen. Im niedersächsischen Unterlüß wurde im Frühjahr 2024 der Bau eines neuen Werks für Artilleriegranaten begonnen, das im April 2025 die Herstellung aufnehmen soll. Damit erfolgt drei Jahre nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine eine deutliche Kapazitätsausweitung im Bereich der Munitionsproduktion, die auch vor dem Hintergrund der Zusage der EU zu sehen ist, jährlich eine Million Artilleriegranaten an das angegriffene Land zu liefern. Dieses Ziel hat man, bezogen auf die europäische Produktion, zum Jahresende 2024 erreicht. Für 2025 ist eine Erhöhung auf 1,5 bis 2 Millionen Granaten geplant (Vinocur/Barigazzi, 2025). Zudem setzt die EU nach anfänglichem Widerstand auf außer-europäische Zukäufe auf dem internationalen Waffenmarkt, die vor allem über eine durch Tschechien gestartete Initiative erfolgen (The Guardian, 2025).

Abbildung 5-1: Wichtige deutsche Rüstungsstandorte

Werke und Beschäftigtenzahl



Lürssen (Bremen): Auch zivile Produkte; Airbus Defense (Bremen) und MTU Aero Engines (München): Geschätzter militärischer Anteil; TKMS MV (Wismar) und KMW/KNDS (Görlitz): Im Aufbau; Rheinmetall (Berlin): Geplante Umstellung von Autozulieferung.
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft auf Basis von Unternehmensangaben, öffentlich verfügbare Informationen, teilweise Schätzung

Abbildung 5-1 gibt einen Überblick über die wichtigsten Standorte der deutschen Rüstungsindustrie, die vor allem in Süd- und Norddeutschland konzentriert sind. Sowohl Nordrhein-Westfalen als auch die östlichen Bundesländer sind im Bereich der Verteidigungsindustrie bislang weniger gut aufgestellt. Dies könnte aber durch eine Einbeziehung bislang ziviler industrieller Kapazitäten möglicherweise geändert werden, wie die bislang bekannt gewordenen Planungen zeigen: Das neue F-35-Werk von Rheinmetall liegt in Nordrhein-Westfalen, ThyssenKrupp Marine Systems (TKMS) expandiert nach Wismar, die voraussichtlich für militärische Fertigung mitgenutzten Werke der Rheinmetall-Autosparte sind im nordrhein-westfälischen Neuss und in Berlin verortet und das von KNDS übernommene Waggonwerk Görlitz in Ost Sachsen. Eine breitere räumliche Verteilung der Verteidigungsindustrie in Deutschland, die auch schwächeren Regionen zugute käme, könnte damit zu den Nebeneffekten der aktuellen Expansion des Wirtschaftszweigs gehören.

6 Lösungsansätze

Die zahlreichen, sich teilweise überlagernden Schwierigkeiten, die Bundeswehr innerhalb sehr kurzer Zeit voll einsatzfähig zu machen und eine wirksame Abschreckung in Zentral- und Osteuropa auch für den Fall darzustellen, dass die USA unter Präsident Trump nicht mehr bereit sein könnten, Europa zu verteidigen¹⁰, erfordern zügiges und auch unkonventionelles Handeln. Die Verabschiedung eines Maßnahmenpakets, das die Ertüchtigung der Bundeswehr sowie 500 Milliarden Euro Infrastrukturinvestitionen von der Schuldenbremse ausnimmt, nach der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 noch mit der verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit des alten Bundestags war ein erster derartiger unkonventioneller und zügiger Schritt, der von CDU/CSU und SPD auf Betreiben des Unionskanzlerkandidaten und voraussichtlichen neuen Bundeskanzlers Friedrich Merz initiiert wurde. Nun müssten weitere schnelle Maßnahmen folgen, auch im Bereich des Beschaffungswesens und in der Modernisierung der Ausstattung der Bundeswehr mit Drohnen und Mitteln der elektronischen Abwehr und Kriegsführung sowie in der Personalgewinnung.

Industrielle Kapazitäten besser nutzen

Die Verzögerungen bei der Bestellung neuer Panzerfahrzeuge und anderer Waffensysteme prolongieren nicht nur die Unterausstattung der Bundeswehr, sie führen auch dazu, dass Investitionsentscheidungen für die Steigerung der Kapazität in der Industrie in der Vergangenheit nicht oder nur verzögert getroffen werden konnten (Wolff et al., 2024). Dies betrifft diverse in Abbildung 5-1 enthaltene Standorte, beispielsweise von Rheinmetall und KMW in Niedersachsen, Hessen und Bayern sowie die FFG in Flensburg/Schleswig-Holstein, die trotz der veränderten Sicherheitslage in Europa in den vergangenen drei Jahren aufgrund fehlender Großaufträge nur ein begrenztes Wachstum aufwiesen (Kohlhöfer, 2024).

Mit einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 3 Prozent des BIP oder sogar mehr könnte in der Fertigung verstärkt von einer Manufaktur- zu einer Serienproduktion übergegangen werden, was Kostensenkungen pro bestellter Einheit ermöglicht. Die Genehmigung und der Bau neuer Werke für die Rüstungsproduktion sind jedoch zeitraubend und kostenintensiv. Damit rückt die Integration unterausgelasteter industrieller Kapazitäten aus bislang zivilen Bereichen in die Fertigung von Verteidigungsgütern in den Fokus. So hat Rheinmetall bekannt gegeben, Werke aus seiner Autozuliefersparte an Arbeiten für den Militärbereich zu

¹⁰ Konkret betrifft dies die osteuropäischen Länder und hier besonders die drei baltischen Staaten im Dreieck zwischen Russland, Belarus und der Exklave Kaliningrad.

beteiligen, was bei politischem Willen weiter ausgebaut werden könnte (Reimann, 2025). KNDS übernimmt das vor der Schließung stehende Waggonwerk in Görlitz, um dort Teile für Panzer herzustellen (Aleythe, 2025). Das Interesse an der Übernahme weiterer Fertigungsstätten wurde vom Vorstandsvorsitzenden von Rheinmetall Armin Papperger bekundet (NDR, 2025). In Frankreich hat die Regierung bereits eine entsprechende Initiative zur Kooperation der Rüstungsindustrie und ziviler Industrieunternehmen vorgestellt; Verteidigungsminister Sébastien Lecornu verwies dabei explizit auf ungenutzte Kapazitäten der französischen Autoindustrie (Le Figaro, 2025). Vorhandene industrielle Kapazitäten außerhalb der traditionellen Rüstungsindustrie könnten auch genutzt werden, um neuartige Systeme wie Drohnen und unbemannte autonom operierende Fahrzeuge für die Landstreitkräfte und für die Marine herzustellen, da ohne den hoch entwickelten Schutz für die Besatzung einfachere, eher an zivilen Anforderungen ausgerichtete Bauweisen möglich sind.

Beschaffungswesen leistungsfähiger und schneller machen und europäisch koordinieren

Die Politik und die Verwaltungsstrukturen im Bundesverteidigungsministerium und im Beschaffungsamt müssen anders handeln und aufgestellt werden, wenn Beschaffungen zielgerichteter und zügiger erfolgen sollen. Zunächst sollte die Summe kräftig angehoben werden, ab der sich der Bundestag mit einer Einzelvorlage zur Beschaffung befassen muss: Der Betrag ist nominell seit circa 1980 unverändert, obwohl 25 Millionen Euro von 2025 nicht mit 50 Millionen D-Mark von 1985 zu vergleichen sind (Masala, 2025a). Zudem sollten im Verteidigungsministerium und im nachgeordneten Beschaffungsamt in Koblenz Mehrfachzuständigkeiten und Schleifen mehrmaliger Befassung mit einem Vorgang stark reduziert sowie der Einsatz digitaler Tools erhöht werden, um große und kleine Beschaffungsvorgänge effizienter aufzusetzen. Dabei sollte öfter von Maximalforderungen für die Leistungsdaten von Waffensystemen abgesehen werden, um Kosten zu senken und die Geschwindigkeit der Lieferung zu erhöhen. Das Transportflugzeug A400M ist dabei ein Paradebeispiel dafür, wie man es zukünftig nicht mehr machen sollte: Die „Goldrandlösung“ mit einem kaum zu erfüllenden Leistungskatalog hat zu massiven Kostenüberschreitungen und zeitlichen Verzögerungen geführt, zeitweise stand das gesamte Vorhaben vor dem Aus (Röhl, 2022).

Die große Vielfalt in Europa hergestellter Waffensysteme steht immer wieder in der Kritik (Alvarez-Couceiro, 2024). Diskussionen über eine Vereinheitlichung europäischer Beschaffung und eine Reduktion der Vielfalt der eingesetzten Systeme (Bardt, 2024b) sind wichtig, sollten in der aktuellen Lage aber nicht im Vordergrund stehen, sondern als langfristiges Ziel einer stärkeren europäischen Integration im Verteidigungsbereich verfolgt werden. Eine stärkere europäische Beschaffungsk Kooperation, der zahlreiche Hürden entgegenstehen (Röhl, 2022), löst kurzfristig nicht die Ausstattungsprobleme, die nicht nur in Deutschland bestehen. Zunächst sollten bestehende Lieferverträge europäischer Staaten mit den diversen Herstellern ausgeweitet werden und es muss nach Beschleunigungsmöglichkeiten für die vereinbarten Lieferungen gesucht werden, um die europäischen Streitkräfte zügig besser auszustatten.

Zu bedenken ist auch, dass in den vergangenen Jahren bereits eine deutliche Konsolidierung der europäischen Verteidigungsindustrie mit einer Reduktion der hergestellten Systeme stattgefunden hat, insbesondere bei den Landfahrzeugen (Frank, 2024b). Zum Teil war dies eine direkte Folge fehlender Bestellungen nach Ende des kalten Krieges, etwa für französische und britische Panzer der Typen Leclerc und Challenger II, deren Produktion vor circa 20 Jahren ausgelaufen ist¹¹, so dass die Option zur Neufertigung nun praktisch

¹¹ Die Fertigung von britischen Challenger II-Panzern endete 2002, die Produktion des französischen Leclerc 2007.

nicht mehr besteht. Tatsächlich war für zwei Jahrzehnte der Leopard 2 von KMW (heute KNDS) und Rheinmetall der einzige in Europa produzierte Kampfpanzer, aktuell spaltet sich die Fertigung dieses Modells aber wieder in zwei verschiedene Fahrzeuge auf: Den Leopard 2A8 beziehungsweise zukünftig Leopard 3 von KNDS und den KF51 Panther von Rheinmetall. Im Bereich der Schützenpanzer gibt es ebenfalls zwei Modelle allein aus deutscher Produktion¹². Notwendig ist aber keine Vereinheitlichung auf jeweils nur ein Waffensystem. Die Reduktion der Vielfalt auf wenige, aber kompatible Systeme hätte den großen Vorteil, dass der Wettbewerb genutzt und zugleich Größenvorteile erzielt werden können (Bardt, 2024c). Voraussetzung dafür wäre aber die Schaffung eines Europäischen Binnenmarkts für Verteidigungsgüter und ein weitgehender Verzicht auf nationale Präferenzen bei der europäischen Beschaffung. Bisher führen die nationalen Präferenzen bei der Beschaffung zu Fragmentierung und zum Verzicht auf Effizienz in Innovation, Produktion, Beschaffung und Nutzung. Dies zu adressieren wäre ein entscheidendes Element einer europäischen Industriepolitik für die Verteidigungswirtschaft.

Verantwortungsübergang von den USA auf Europa aktiv gestalten

Die USA konzentrieren sich seit Jahren zunehmend auf den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Konflikt mit China und damit auf den pazifischen Raum. Mit der zweiten Präsidentschaft von Donald Trump beschleunigt sich die Hinwendung nach Asien und Abwendung von Europa noch einmal (McMillan et al., 2025). Für die europäische Sicherheit wird in Zukunft Europa stärkere Verantwortung übernehmen müssen. Die Frage ist nicht mehr, ob das geschieht, sondern wie schnell und wie damit umgegangen werden kann. Eine weitere Verweigerung Europas könnte tatsächlich zu einer disruptiven Abwendung der USA führen, ohne dass Europa die Sicherheitsaufgaben des Kontinents übernehmen kann. Offen geäußerte Drohungen der neu im Amt befindlichen US-Administration machen dies sehr deutlich. Damit geht es heute nicht mehr darum, die USA als dauerhafte Schutzmacht auch im konventionellen Bereich an Europa zu binden, sondern den Übergang zur europäischen Verantwortung zu organisieren. Dies setzt voraus, dass der Rückzug amerikanischer Fähigkeiten durch den zügigen Aufbau europäischer Fähigkeiten ausgeglichen wird.

Nicht nur von europäischen NATO-Partnern, auch von der EU-Kommission wurde diese sicherheitspolitische Problematik erkannt und es wird an Plänen gearbeitet, Europa unabhängiger von Amerika aufzustellen und die Verteidigungsfähigkeit der EU-Länder, die in Kontinentaleuropa weitgehend deckungsgleich mit den kontinentaleuropäischen NATO-Ländern sind, zu stärken. In der Initiative „Readiness 2030“ sollen in der aktuellen EU-Legislaturperiode, die aufgrund ihrer fünfjährigen Dauer 2029 nahezu zeitgleich mit der deutschen endet, 800 Milliarden Euro für Verteidigungsinvestitionen verfügbar gemacht werden, davon 150 Milliarden über einen gemeinschaftlichen EU-Fonds¹³ und 650 Milliarden über erweiterte Ausgabenspielräume der Mitgliedsländer in den EU-Verschuldungsregeln (European Commission, 2025). Die Lockerung der deutschen Schuldenbremse für erhöhte Verteidigungsausgaben wird damit auch europarechtlich durch angepasste Verschuldungsregeln flankiert.

Bestimmte Fähigkeiten, insbesondere die umfassende nukleare Abschreckung, werden allerdings amerikanisch bleiben (müssen), da die Fähigkeiten der europäischen Nuklearmächte Frankreich und Vereinigtes Königreich unzureichend sind und eine schnelle Ausweitung ihrer Nuklearstreitkräfte unrealistisch ist

¹² Dabei handelt es sich um den Puma von KNDS und den Lynx von Rheinmetall (Weinzierl, 2023).

¹³ Der EU-Fonds ist der Kern des „Security Action for Europe“ (SAFE) Instruments, das wichtige Beschaffungen der Mitgliedsländer aus EU-Kreditmitteln unterstützen soll. Dabei sollen mindestens 65 Prozent des Auftragsvolumens auf Hersteller in der EU, EFTA-Ländern oder der Ukraine entfallen.

(Wachs/Horowitz, 2023). Andere Fähigkeiten, etwa im Hochtechnologiebereich und im Weltraum, können nur langsam, eine dritte Gruppe konventioneller Ausrüstung in angemessener Quantität kann schneller ersetzt werden. Europa sollte daher ein umfassendes Angebot an die USA zur koordinierten Übernahme von mehr Verantwortung für die europäische Sicherheit und damit zur Entlastung der USA machen. Damit wird sowohl die Zielsetzung der US-Administration erreicht als auch gewährleistet, dass Europa nicht plötzlich ohne Schutz dasteht. Gleichzeitig wird damit aber möglicherweise das Risiko geschaffen, dass die aktuelle US-Administration dies als Einladung für einen noch schnelleren Abzug versteht.

Abstract

The re-election of Donald Trump as US President in November 2024 is leading to substantial upheavals in security policy for Germany and Europe, which will also be reflected in Germany's defense spending and defense industry set-up from 2025 onwards. At the same time as the US presidential election, the German government coalition collapsed and new elections were necessary. In a feat of negotiation, the CDU/CSU candidate for chancellor, Friedrich Merz, managed to use the two-thirds majority of democratic parties in the old Bundestag to exempt increased defense spending from the restrictions of the debt brake before the new Bundestag was constituted. This means that in the current legislative period, an increase in defense spending to 3.5 percent of GDP in 2029 could be financed by additional borrowing of 264 billion euros. Compared to previous plans, this means a possible additional expenditure of 194 billion euros. This policy paper examines the question of how the funds now available can be used in a sensible way to increase the Bundeswehr size in terms of personnel and material, given the restriction of a presumably tight timeframe until Europe must be capable of its defense independent from the United States.

The German armed forces' manpower problem has worsened in the last three years, as the number of soldiers has fallen by 3,000 to 181,000 at the end of 2024 instead of growing towards 203,000 as planned. Possible solutions include increased recruitment efforts combined with financial incentives. Partial conscription based on the Swedish model, or the reintroduction of compulsory military service are also being discussed, particularly in view of the even higher personnel requirements in the event of a US withdrawal from Europe. Despite the special fund of 100 billion euros from 2022, there are still deficiencies in the Bundeswehr's material equipment, which should be addressed through larger, preferably European-coordinated orders for weapons and ammunition with long-term order security for industry to enlarge capacities accordingly. To this end, the Bundeswehr's procurement system must also be simplified and accelerated. Instead of highly complex 'gold-edge solutions', more robust and less expensive systems must be procured, at least in part, which can be delivered quickly in larger numbers and also enable reserve units to be equipped. Lessons from the war in Ukraine have to be incorporated in the procurement decisions, too. Replacing US capabilities in Europe in the conventional sector would probably require a timeframe of 10 to 12 years, even in the best-case scenario. In order to be able to plan in a realistic way, close coordination must continue to take place with the USA to organize the transfer of responsibility to Germany and Europe.

Tabellen- und Übersichtsverzeichnis

Übersicht 3-1: Die Entwicklung der Landstreitkräfte der Bundeswehr – das Heer 11

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Anstieg der Verteidigungsausgaben 2024 bis 20298
Abbildung 3-1: Personalstärke und Planung der Bundeswehr 2015 bis 2030 10
Abbildung 5-1: Wichtige deutsche Rüstungsstandorte 16

Literaturverzeichnis

Adema, Joop / Poutvaara, Panu / Schlepper, Marcel / Taghiyev, Tuncay / Wochner, Timo, 2024, Volkswirtschaftliche Kosten einer Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines sozialen Pflichtjahres, ifo Forschungsberichte, Nr. 144, <https://www.ifo.de/publikationen/2024/monographie-autorenschaft/wiedereinfuehrung-wehrpflicht-oder-soziales-pflichtjahr> [31.3.2025]

Ad hoc News, 2025, Der Kommandeur Feldheer der Bundeswehr führt die Divisionen des Deutschen Heeres, tritt aber öffentlich wenig in Erscheinung, <https://www.ad-hoc-news.de/politik/der-kommandeur-feldheer-der-bundeswehr-fuehrt-die-divisionen-des-deutschen/66757733> [18.3.2025]

Aleythe, Saskia, 2025, In Görlitz bauen sie jetzt Panzerteile statt Züge, in: Süddeutsche Zeitung, 5.2.2025, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/knds-alstom-goerlitz-panzerteile-waggons-scholz-kretschmer-leopard-2-li.3193316?reduced=true> [7.4.2025]

Alvarez-Couceiro, Paula, 2024, Eine fragmentierte Rüstungsindustrie – Europas strategischer Nachteil, in: Sirius – Zeitschrift für Strategische Analysen, Band 8, Heft 1, https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2024-1004/html?lang=de&srsId=AfmBOoqR1_R4a4ikDOK8ukho-jirHEEWKD8Ouss4Mr_eEwmc3Nz1MFGv [24.3.2025]

Bardt, Hubertus, 2024a, Keine Zeitenwende im Verteidigungshaushalt, in: Diermeier, Matthias / Bergmann, Knut, Transformationspolitik – eine Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition, Bielefeld

Bardt, Hubertus, 2024b, Industrial Policy and a Single Market for Defence Goods, in: Intereconomics, 59. Jg., H. 6, S. 332-337

Bardt, Hubertus, 2024c, Verteidigungswirtschaft: Industriepolitik statt „Kriegswirtschaft“, IW-Policy Paper, Nr. 10, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2024/IW-Policy-Paper_2024-Verteidigungsindustrie.pdf [28.3.2025]

Bardt, Hubertus, 2025, Verteidigung reißt Finanzierungslücken, IW-Kurzbericht, Nr. 3, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2025/IW-Kurzbericht_2025-Finanzierungsl%C3%BCcke_Verteidigung.pdf [13.3.2025]

Bardt, Hubertus / Hüther, Michael, 2024, Verteidigungsfähigkeit erfordert Priorität im Bundeshaushalt und föderale Gesamtbilanz, IW-Kurzbericht, Nr. 91, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-Verteidigungsf%C3%A4higkeit.pdf [14.3.2025]

BMVg – Bundesministerium der Verteidigung, 2020, Bundeswehr richtet sich personell weiter an ihren Aufgaben aus. Jährliche Analyse empfiehlt rund 1.800 zusätzliche zivile Posten bis 2027. Gesamtumfang der Soldatinnen und Soldaten bleibt konstant, Pressemitteilung Nr. 9/2020, Berlin

BMVg, 2023, Artikel 4 und 5 im NATO-Vertrag: Gemeinsam beraten und füreinander eintreten, 31.1.2023, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/gemeinsam-entscheiden-artikel-4-und-5-des-nato-vertrages-5572746> [24.3.2025]

BMVg, 2024, Neue Divisionstruppen für die 10. Panzerdivision, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/heer/aktuelles/neue-divisionstruppen-fuer-die-10-panzerdivision-5768684> [11.3.2025]

BMVg, 2025, Zwei-plus-Vier-Vertrag – Schlüsseldokument zur Deutschen Einheit, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/zwei-plus-vier-vertrag-schluesseldokument-zur-deutschen-einheit-5872980> [14.3.2025]

Bollfrass, Alexander / Sabatino, Ester / Wiley, Chelsey, 2025, Space Capabilities to Support Military Operations in the European Theatre, The International Institute for Strategic Studies (IISS), <https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/files/research-papers/2025/01/space-capabilities-to-support-military-operation/pub25-004-space-capabilities-military-ops-in-europe.pdf> [2.4.2025]

Bundeswehr, o. J., Die Bundeswehr im kalten Krieg, <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/kalter-krieg> [8.4.2025]

Bundeswehr, 2025, Wie groß ist die Bundeswehr? <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/personalzahlen-bundeswehr> [14.3.2025]

Bundesagentur für Arbeit, 2025, Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Februar 2025, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/202502/arbeitsmarktberichte/monatsbericht-monatsbericht-monatsbericht-d-0-202502-pdf.pdf?blob=publicationFile&v=1> [25.3.2025]

Burilkov, Alexandr / Wolff, Guntram. 2025, Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird, Kiel Policy Brief, Nr. 183, https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/437819c9-6512-4339-881a-c74456c23f19-KPB_183_de.pdf [7.3.2025]

CDU / CSU, 2025, Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU, https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf [28.3.2025]

Deutscher Bundestag, 2008, Hintergrund: Bundeswehr als Parlamentsarmee, https://webarchiv.bundestag.de/archive/2010/0304/dokumente/textarchiv/2008/19492439_parlamentsarmee/index.html [11.3.2025]

Deutscher Bundestag, 2022, Berufssoldaten gehen später in den Ruhestand, Verteidigung – Unterrichtung – hib 731/2022, <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-925948> [7.4.2025]

Deutscher Bundestag, 2024, Boris Pistorius: Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein, Befragung der Bundesregierung, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw23-de-regierungsbefragung-1002264> [7.4.2025]

Deutscher Bundestag, 2025a, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 109, 115 und 143h) der Fraktionen der SPD und CDU/CSU, Drucksache 20/15096, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015096.pdf> [13.3.2025]

Deutscher Bundestag, 2025b, Wehrbericht 2024: Personalsituation nach wie vor angespannt, Verteidigung – Unterrichtung – hib 115/2025, 11.3.2025, <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1056778> und Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte, Jahresbericht 2024: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/150/2015060.pdf> [12.3.2025]

Ehlke, Tobias, 2025, „Fünf bis sieben zusätzlichen Brigaden für Deutschland“ – General a.D. Zorn im Interview, in: Defense Network, 21.3.2025, <https://defence-network.com/hauptbedarf-heer-general-zorn-im-interview/> [25.3.2025]

European Commission, 2025, Joint White Paper for European Defense Readiness 2030, https://defence-industry-space.ec.europa.eu/document/download/30b50d2c-49aa-4250-9ca6-27a0347cf009_en?file-name=White%20Paper.pdf [25.3.2025]

Frank, Dorothee, 2024a, Verzögerungen bei der Munition für die Bundeswehr, in: Defense Network, 8.7.2024, <https://defence-network.com/verzoegerungen-munition-fuer-die-bundeswehr/> [24.3.2025]

Frank, Dorothee, 2024b, Rüstungsindustrie in Europa auf Wachstumskurs, in: Defense Network, 21.1.2024, <https://defence-network.com/ruestungsindustrie-in-europa-auf-wachstumskurs/> [10.3.2025]

Friederichs, Hauke, 2024, Bundeswehr: Geheimwaffe Zettelkasten, in: Zeit Online, 4.3.2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-03/bundeswehr-spionage-sicherheit-kommunikation-digitalisierung> [8.4.2025]

HB – Handelsblatt, 2025, Die 130-Milliarden-Lücke, 4.3.2025, S. 1, 4

Hegmann, Gerhard, 2022, Gemeinsame Panzer und Kampfjets für Europa – der historische Plan wackelt, in: Welt, 24.10.2022, <https://www.welt.de/wirtschaft/plus241747231/Gemeinsame-Panzer-und-Kampfjets-fuer-Europa-der-historische-Plan-wackelt.html> [11.3.2025]

Hentze, Tobias / Bardt, Hubertus / Beznoska, Martin / Demary, Markus / Grömling, Michael / Pimpertz, Jochen / Plünnecke, Axel / Puls, Thomas / Schaefer, Thilo / Stettes, Oliver / Voigtländer, Michael / Werner, Dirk, 2025, Ökonomische Restriktionen für die Umsetzung des Finanzpakets, IW-Policy Paper, Nr. 6, Köln

Hüther, Michael / Obst, Thomas, 2025, Makroökonomische Auswirkungen der Zeitenwende 2.0, IW-Kurzbericht, Nr. 23, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2025/IW-Kurzbericht_2025-Sonderverm%C3%B6gen.pdf [13.3.2025]

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“, 2007, Auslandseinsätze der Bundeswehr: Viele Bedingungen müssen erfüllt sein, https://ifsh.de/pdf/profil/IFSH_Auslandseinsaetze_der_Bundeswehr_2007.pdf [18.3.2025]

Jansen, Paul, 2022, Zeitenwende für die Bundeswehr?, Standpunkte, Ludwig Erhard-Stiftung, <https://www.ludwig-erhard.de/zeitenwende-fuer-die-bundeswehr/> [19.3.2025]

Kohlhöfer, Philipp, 2024, Warum dauert das eigentlich alles so lange?, in: Deutscher Bundeswehrverband, 27.2.2024, <https://www.dbwv.de/aktuelle-themen/blickpunkt/beitrag/warum-dauert-das-eigentlich-alles-so-lange> [7.4.2025]

Krause, Ulf von, 2018, Zwei-Prozent-Ziel und Bundeswehr – Zur Diskussion um den Verteidigungshaushalt, Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 23/2018, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2018_23.pdf [20.5.2022]

Le Figaro, 2025, Près de 200 millions d'euros pour aider l'Ukraine grâce aux intérêts des avoirs russes gelés, déclare Sébastien Lecornu, <https://www.lefigaro.fr/flash-actu/pres-de-200-millions-d-euros-pour-aider-l-ukraine-grace-aux-interets-des-avoirs-russes-geles-declare-sebastien-lecornu-20250308> [17.3.2025]

Linnemann, Navid, 2025, Sondierungsgespräche: Bundeswehr mit Wehrpflicht noch in 2025? <https://defence-network.com/sondierungsgespraechе-wehrpflicht-noch-in-2025/> [21.3.2025]

Masala, Carlo, 2025a, Europa ist frühestens in einer Dekade gegen Europa gerüstet, in: Handelsblatt, 14.3.2025, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/europa-ist-fruehestens-in-einer-dekade-verteidigungspolitisch-souveraen/100112923.html> [17.3.2025]

Masala, Carlo, 2025b, Wenn Russland gewinnt – Ein Szenario, München

McMillan, Cameron / Brobst, Ryan / Bowman, Bradley, 2025, 'Stark Strategic Realities': Hegseth Tells NATO U.S. Must Prioritize Pacific Deterrence, Foundation for Defense of Democracies (FDD), Policy Brief, 2025/2, https://www.fdd.org/analysis/policy_briefs/2025/02/14/stark-strategic-realities-hegseth-tells-nato-u-s-must-prioritize-pacific-deterrence/ [31.3.2025]

NDR – Norddeutscher Rundfunk, 2025, Rheinmetall-Chef: VW-Werk in Osnabrück gut für Rüstung geeignet, 13.3.2025, https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Rheinmetall-Chef-VW-Werk-in-Osnabrueck-geeignet-fuer-Ruestung,rheinmetall348.html [18.3.2025]

Neuwert, Kilian, 2025, Bundeswehr: Die NATO-Ostflanke im Blick, BR24, 24.2.2025, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/bundeswehr-die-nato-ostflanke-im-blick,UdjeULD> [24.3.2025]

Portugall, Gerd, 2024, Finanzierungsengpass gefährdet Litauen-Brigade der Bundeswehr, in: Europäische Sicherheit & Technik (ES&T), <https://esut.de/2024/11/meldungen/54706/finanzierungsengpass-gefaehrdet-litauen-brigade-der-bundeswehr/> [19.3.2025]

Reimann, Annina, 2025, Rheinmetall baut Autoteile-Produktion für Rüstung um, in: WirtschaftsWoche, 7.2.2025, <https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/krise-der-autozulieferer-rheinmetall-baut-auto-teile-produktion-fuer-ruestung-um/30195808.html> [20.3.2025]

Martin Rink: Die Bundeswehr 1950/55–1989, Militärgeschichte kompakt, Bd. 6, Oldenbourg / München

Röhl, Klaus-Heiner, 2022, Kooperationen in der europäischen Verteidigungswirtschaft, IW-Report, Nr. 64, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2022/IW-Report_2022-Europ%C3%A4ische-Verteidigungskooperation.pdf [13.3.2025]

Röhl, Klaus-Heiner, 2024, Verteidigungsausgaben: Gerade so genug für die NATO?, IW-Kurzbericht, Nr. 18, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2024/IW-Kurzbericht_2024-Deutsche-Verteidigungsausgaben.pdf [11.3.2025]

Röhl, Klaus-Heiner / Bardt, Hubertus / Engels, Barbara, 2022, Zeitenwende für die Verteidigungswirtschaft? Sicherheitspolitik und Verteidigungsfähigkeit nach der russischen Invasion der Ukraine, IW-Policy Paper, Nr. 4, https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2022/IW-Policy-Paper_2022-Verteidigungswirtschaft.pdf [14.3.2025]

Rzepka, Dominik, 2024, Ausländer in der Bundeswehr? Linke nennt Pistorius-Vorstoß „schäbig“, ZDF, 23.1.2024, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/bundeswehr-pistorius-soldaten-ausland-100.html> [24.3.2025]

Schularik, Moritz / Ferguson, Niall, 2024, Schuldenbremse und Verteidigung: Den Schuss nicht gehört, Kiel Focus, 07/2024, <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-focus/schuldenbremse-und-verteidigung-den-schuss-nicht-gehört/> [18.3.2025]

Singh Bisht, Inder, 2024, Lithuanian Military Launches FPV Drone Training Course, in: The Defense Post, <https://thedefensepost.com/2024/07/01/lithuanian-military-fpv-drone/> [24.3.2025]

Speer, Clemens, 2024, Bundeswehr soll auf 230.000 aktive Soldaten aufgestockt werden, in: Sicherheit & Verteidigung, 18.1.2024, <https://suv.report/bundeswehr-soll-auf-230-000-aktive-soldaten-aufgestockt-werden/> [19.3.2025]

Spiegel, Wir beschützen sie. Sie beschützen nicht uns – Trump lästert über NATO-Partner, 24.1.2025, <https://www.spiegel.de/ausland/donald-trump-bekraeftigt-forderung-an-nato-laender-nach-hoeheren-verteidigungsausgaben-a-13ffc35c-7e86-4086-b4fc-42584bef910f> [11.3.2025]

SZ – Süddeutsche Zeitung, 2025, Massive Personalprobleme in der Bundeswehr: Fast jede fünfte Stelle unbesetzt, 11.3.2025, <https://www.sueddeutsche.de/panorama/massive-personalprobleme-in-der-bundeswehr-fast-jede-fuenfte-stelle-unbesetzt-li.3217480> [19.3.2025]

The Guardian, 2025, Ukraine war briefing: Another 1.5m artillery shells for Ukraine under Czech scheme, <https://www.theguardian.com/world/2025/mar/28/ukraine-war-briefing-another-15m-artillery-shells-for-ukraine-under-czech-scheme> [28.3.2025]

Vinocur, Nicholas / Barigazzi, Jacopo, 2025, EU plan to send more military aid to Ukraine in shambles, in: Politico, 20.3.2025, <https://www.politico.eu/article/military-aid-ukraine-kaja-kallas-ukraine-eu-leaders-rounds-artillery/> [25.3.2025]

Wachs, Lydia / Horowitz, Liviu, 2023, Frankreichs Atomwaffen und Europa – Optionen für eine besser abgestimmte Abschreckungspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 2023/A 07, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2023A07/> [8.4.2025]

Waschinski, Gregor, 2023, Deutschland und Frankreich streiten über europäischen Raketenschirm, in: Handelsblatt, 20.6.2023, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/luftverteidigung-deutschland-und-frankreich-streiten-ueber-europaeischen-raketenschirm/29215750.html> [27.3.2025]

Weinzierl, Stefan, 2023, Schützenpanzer Lynx: Rheinmetalls Modell für viele Aufgaben, in: Produktion, 7.12.2023, <https://www.produktion.de/schwerpunkte/ruestungsindustrie/schuetzenpanzer-lynx-rheinmetalls-modell-fuer-viele-aufgaben-875.html> [7.4.2025]

Wolf, Guntram B. / Burilkow, Alexandr / Bushnell, Kately / haritonov, Ivan, 2024, Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Russland, Kiel Report, Nr. 1, https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/1bcebf8c-84e8-4f3d-a7d3-1793b3ba9850-Kiel_Report_Nr_1.pdf [7.4.2025]

Wolff, Guntram B. / Burilkov, A. / Bushnell, K. / Kharitonov, I., 2024, Kiel Military Procurement Tracker, Datensatz, <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kiel-military-procurement-tracker-33233/> [16.3.2025]

ZDF – Zweites deutsches Fernsehen, 2024, Wehrpflicht in Schweden. Attaché: „Können die Besten auswählen“, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/schweden-wehrpflicht-verteidigungsattach-100.html> [21.3.2025]